

in der neuen Terminologie der Studiengänge deutlich zum Ausdruck kommen.

Drittens. Die Rechtsklarheit und der Verbraucherschutz gebieten, dass es keine unnötigen Vermengungen zwischen den traditionellen und den neuen Abschlüssen gibt.

Diese Argumente, die bei Einführung des Bologna-Prozesses galten, tragen auch heute noch. Ich sehe daher keine Veranlassung, von meiner bisherigen Position abzuweichen. Die Beibehaltung des Diplom-Abschlusses führt zu einer Verwässerung der neuen Abschlüsse und suggeriert, dass keine echte Studienreform stattgefunden hat. Master und Diplom sind unterschiedliche Bezeichnungen, die für unterschiedliche Studien stehen. Ich halte nichts davon, ungleiche Tatbestände gleich zu behandeln. Darin sind sich im Übrigen Länder und Hochschulrektorenkonferenz einig.

Deshalb beantworte ich Ihre Frage klar und eindeutig: Ich unterstütze keine Forderung nach einer Beibehaltung des akademischen Grades Diplom-Ingenieur. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, über ein Diploma Supplement die Gleichwertigkeit mit dem Diplomabschluss auszuweisen, ohne damit einen zweiten Titel zu verleihen. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt eine Nachfrage von Frau Dr. Seidl. Bitte schön.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Vielen Dank. – Herr Minister, ist Ihnen bewusst, dass Professor Schmachtenberg mit seiner Wiederbelebungsattacke des Diplom-Ingenieurs ein Fass aufgemacht hat, wodurch er in der Hochschulszene einige Unruhe verursacht hat?

Die Präsidentin der HRK hat sich kürzlich dazu geäußert. Der konservative Hochschulverband, der noch nie ein Freund von Bologna war, frohlockt derzeit. Auch die Studierenden gehen auf die Barrikaden. Nur gibt es von Ihnen bislang kein öffentliches Wort dazu. Daher frage ich Sie: Was wollen Sie in dieser Situation tun, um die Wogen zu glätten?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte, Herr Minister.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Meine Damen und Herren, verehrte Frau Seidl, ich habe mich dazu öffentlich geäußert, als ich auf den Vorschlag von Herrn Schmachtenberg angesprochen wurde. Ich habe gesagt: Die RWTH Aachen hat bisher den besten Diplom-Ingenieur Deutschlands verliehen. Jetzt macht sich Aachen – da bin ich ganz zuversichtlich – auf den Weg, den besten Ingenieur-Master der Welt verleihen zu können.

Dem hat Herr Schmachtenberg nicht widersprochen.

(Heiterkeit von Axel Wirtz [CDU])

Insofern bin ich sehr zuversichtlich, dass man auf dem Wege in Aachen wie an anderen Orten gut weiterarbeiten wird.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Frau Dr. Seidl möchte eine zweite Frage stellen. Bitte schön.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Das heißt also, dass Sie keine offizielle Verlautbarung herausgeben wollen, damit Klarheit auf allen Seiten herrscht?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich habe mich dazu, wie gesagt, öffentlich geäußert und Ihnen meine Position noch einmal dargelegt. Aus meiner Sicht besteht keine Veranlassung zu zusätzlichen Schritten.

Darüber hinausgehend habe ich von Aachen oder von anderen Hochschulen keine Initiativen angetroffen, die eine solche zusätzliche Verlautbarung notwendig erscheinen lassen.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beantwortung dieser Frage.

Ich rufe die

### **Mündliche Anfrage 365**

des Herrn Abgeordneten Wittke auf:

#### ***Frau Kraft behauptet einen Zusammenhang zwischen Schulsystem und Selbstmorden von Kindern und Jugendlichen***

*Ausweislich der Presseberichterstattung hat die Vorsitzende der SPD in NRW und der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Frau Kraft, bei einer SPD-Veranstaltung am Aschermittwoch einen direkten Zusammenhang hergestellt zwischen Selbstmorden von Kindern und Jugendlichen und der Verfasstheit des Schulwesens in Nordrhein-Westfalen. Sie hat deshalb die Landesregierung angegriffen und wörtlich ausgeführt: „Und wie weit sind die eigentlich weg von dem Druck, der da aufgebaut wird in unserem Bildungssystem? Wissen die eigentlich, wie die Zahl der Selbstmorde zunimmt bei den Kindern?“*

*Sind der Landesregierung empirisch belastbare Zahlen oder Statistiken bekannt, die den von Frau Kraft unterstellten Zusammenhang belegen?*

Ich bitte Herrn Minister Laschet um Beantwortung. Bitte schön.

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Vielen Dank, Herr Präsident. – Die von der Frau Abgeordneten Kraft getroffene Aussage, dass es offensichtlich einen Zusammenhang zwischen einem Druck in unserem Bildungssystem und der steigenden Zahl der Selbstmorde bei Kindern gebe, ist durch uns vorliegende empirische Daten und Studien nicht belegbar.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Hinsichtlich einer Kausalität zwischen Leistungsdruck und Selbstmorden bzw. Selbstmordversuchen ist festzustellen, dass die Gründe für einen Selbstmord weitaus tiefer liegen und viel komplexer sind, als dies Frau Abgeordnete Kraft darstellt.

Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen kommt immer eine Vielzahl von Faktoren hinzu: instabile Persönlichkeit, geringe Belastungsfähigkeit, unzureichende soziale Netze, fehlende Ansprechpartner und Ähnliches. Gerade auf die familiäre Situation wird immer wieder hingewiesen. Soziale Isolation bis hin zur Kontaktarmut und Kontaktlosigkeit sowie das Gefühl, nicht ausreichend angenommen und begleitet zu werden, sind zentrale Faktoren, die einem Kind das Gefühl der Aussichtslosigkeit geben können. Erkennbar ist, dass das Fehlen eines Netzes des Vertrauens und der Zuwendung von ganz entscheidender Bedeutung ist.

Die Feststellung, die Anzahl der Selbstmorde bei Kindern sei gestiegen, ist schlichtweg empirisch falsch. Die Daten des Landesamtes für Information und Technik zeigen eindeutig, dass die Zahl der Selbstmorde in der Altersgruppe der unter 15-Jährigen im Jahre 2008 gegenüber 2007 deutlich rückläufig war. Auch bei den 15- bis 20-Jährigen ist dies der Fall. Insgesamt ist ein Rückgang in diesen Altersgruppen von fast einem Drittel zu verzeichnen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Außerdem lässt sich insgesamt feststellen, dass die Zahl der vorsätzlichen Selbsttötungen junger Menschen schwankt. Monokausale Erklärungen verbieten sich daher.

Ich will im Übrigen klarstellen, dass man mit solchen Äußerungen sehr vorsichtig sein sollte. Es hilft weder in der Sache noch in dem – so hoffe ich – gemeinsamen Bemühen, für unsere Kinder die besten Bildungschancen zu gewährleisten. Wir haben Informationen darüber, dass, gerade wenn über die Fälle berichtet wird, die Zahl der Versuche zu Selbsttötungen steigt. In den Kölner Kliniken gab es

dramatische Anstiege nach dem Selbstmord von Torwart Robert Enke.

Deshalb sollte man einen solchen Zusammenhang zwischen irgendeinem Akt und einer Selbsttötung Kindern erst gar nicht nahelegen, denn das kann auch Kinder in Gefährdungssituationen bringen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron**: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kaiser eine Zusatzfrage.

**Klaus Kaiser** (CDU): Sehr geehrter Herr Minister, herzlichen Dank für diesen Sachvortrag. – Ich erlaube mir die Frage, wie Sie aus fachlicher Sicht beurteilen, dass Frau Kraft behauptet, dass unser Bildungssystem krank ist und krank macht, wie sie es in den „Aachener Nachrichten“ vom 25.02.2010 getan hat?

(Günter Garbrecht [SPD]: Da hat sie recht!)

**Vizepräsident Edgar Moron**: Herr Minister, bitte.

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Man kann das natürlich anhand der Zahlen beurteilen. Diese Kausalität verstehe ich schon nicht. Wir haben viel höhere Selbsttötungsraten in deutschen Bundesländern mit einem ähnlichen Schulsystem, wie es sich Frau Kraft wünscht.

(Zustimmung von Christof Rasche [FDP])

Kein Mensch käme auf die krude Idee zu sagen, die Kinder seien selbstmordgefährdeter, weil es in Berlin keine Hauptschule mehr gibt und weil sich die Hauptschule so intensiv um die Kinder kümmert. Insofern ist die Ihrer Frage zugrunde liegende Fragestellung schon schwierig.

Das Bildungssystem hat in den letzten Jahren die individuelle Förderung mit 8.124 zusätzlichen Lehrstellen eher erhöht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Aha!)

Wir hatten im letzten Schuljahr die niedrigste Wiederholerquote, die es seit Jahren gab. Wir haben mehr Aufsteigerkinder als zuvor. Wir haben den besten Abiturdurchschnitt. Aus all diesen Zahlen des Bildungssystems kann man jedenfalls nicht ableiten, dass Kinder eher zu Selbsttötungen neigen.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron**: Vielen Dank. – Frau Kastner hat sich zu einer Frage gemeldet.

**Marie-Theres Kastner** (CDU): Herr Minister, gibt es wissenschaftliche Analysen über die Entwicklung von Selbstmorden und unterschiedliche Interpretationen, was Frau Kraft zu dieser Äußerung veranlasst haben könnte?

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Insgesamt kann man sagen, dass es unter Kindern und Jugendlichen die wenigsten Selbsttötungen gibt. Die meisten Selbsttötungen gibt es mit zunehmendem Alter, übrigens bei Männern stärker als bei Frauen. Ältere Männer sind also, was Selbstmorde angeht, am gefährdetsten.

Bei Kindern und Jugendlichen ist die Zahl rückläufig. Ich kann Ihnen das genauer sagen: Zwischen 1998 und 2008 ist die Anzahl der Suizide in der Gruppe der jungen Menschen unter 25 Jahren um fast ein Drittel zurückgegangen. In der Gruppe der 15- bis unter 20-Jährigen – das ist die Gruppe, die noch in der Schule ist – ist der Rückgang der Selbsttötungen sogar noch höher als in der Gesamtgruppe der Ein- bis 25-Jährigen. Die Zahl sank von 50, um überhaupt einmal eine Größenordnung zu sagen, auf 31, also um etwa 40 %. Über diese Größenordnung von tragischen Schicksalen von Menschen reden wir hier.

Der Rückgang der Anzahl der Selbsttötungen ist bei jungen Menschen unter 25 Jahren mit etwa 30 % deutlich stärker als der Rückgang in der Gesamtbevölkerung. In der Gesamtbevölkerung geht die Anzahl auch leicht zurück. Bei den Älteren ist er, wie gesagt, steigend, und bei den Jungen ist der Rückgang noch stärker als bei den Älteren.

Bei den unter 25-Jährigen hat Nordrhein-Westfalen konstant niedrige Selbsttötungsziffern. Der Wert für das Jahr 2008 lag bei 2,2 % auf 100.000 Einwohner. Der wurde nur in den Jahren 2003, 2001, 1999 und 1998 überschritten. In allen anderen Jahren ist der Wert unterschritten worden.

Ein Vergleich mit westdeutschen Flächenländern: In Rheinland-Pfalz beispielsweise liegt der Wert bei 2,6 %, also ständig über dem Wert von Nordrhein-Westfalen.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank. – Frau Kollegin Milz von der CDU hat ebenfalls eine Frage.

(Andrea Milz [CDU]: Hat sich mit der Antwort erledigt! Danke!)

Nun hat Frau Kastner das Wort zu einer Frage. Oder haben Sie sich nur ausgedrückt?

(Marie-Theres Kastner [CDU]: Ich habe mich nur ausgedrückt!)

Der nächste Fragesteller ist Herr Jörg von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Wolfgang Jörg** (SPD): Herr Minister Laschet, wir haben gestern unter dem Tagesordnungspunkt 4 die psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen diskutiert. Ihr Kollege Herr Laumann hat uns bestätigt, dass es in den letzten Jahren einen dramatischen Anstieg gibt. Darunter sind natürlich auch die versuchten Selbsttötungen. Wie erklären Sie sich den Anstieg in den letzten Jahren? Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen dem immer höher werdenden Druck bei Jugendlichen, ihre Lebensplanung zu gestalten, und der Anzahl der versuchten Selbsttötungen, oder glauben Sie, das wäre völlig ohne Zusammenhang?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister.

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Abgeordneter, Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass die Anzahl der versuchten Selbsttötungen gestiegen ist. Das hat die Frau Abgeordnete Kraft, nachdem sie den ersten Fehler eingestanden hat, ja nachgetragen, indem sie gesagt hat, die Anzahl der versuchten Selbsttötungen sei gestiegen.

Darüber gibt es keine verlässlichen Zahlen. Das ist eine These, die man aufstellt. Ich persönlich habe mit Herrn Professor Etzersdorfer, dem Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention, telefoniert. Das ist derjenige, der im „Kölner Stadt-Anzeiger“ das Interview dazu gegeben hat. Der hat mir nach mehrfacher Nachfrage gesagt, dass es keine verlässlichen Zahlen dazu gibt. Die These, dass die Anzahl der versuchten Selbsttötungen steigt, ist durch nichts belegbar. Insofern kann ich zu Suizidversuchen nichts sagen.

Die Frage, ob die Anzahl psychischer Erkrankungen bei Kindern steigt, ist eher eine Frage an den Kollegen Laumann. Ich weiß nicht, ob er das aus dem Stand beantworten kann.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Hendricks von der SPD-Fraktion die Möglichkeit, eine Frage zu stellen.

**Renate Hendricks** (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, wir haben gerade festgestellt, dass die Anzahl der Kinder mit psychischen Problemen steigt. Die Psychologen und Psychotherapeuten in Nordrhein-Westfalen haben darauf hingewiesen, dass offensichtlich im Zusammenhang mit „G8“ der Stress so steigt, dass zumindest die Beratungsstellen sehr viel häufiger aufgesucht werden, und dass sie befürchten, dass es mehr Suizide gibt.

(Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Frau Hendricks, stellen Sie bitte Ihre Frage.

**Renate Hendricks** (SPD): Ich dachte, die Abgeordneten wollten jetzt weiter reden.

An dieser Stelle würde ich gerne wissen: Ist Ihnen diese Anmerkung der Psychologen und Psychologinnen bekannt? Und wie gehen Sie damit um, auch vonseiten des Ministeriums, weil es ja ein massiver Vorwurf ist, was das „G8“ angeht?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister.

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Bei der Ursprungsfrage des Abgeordneten Wittke ging es um Suizide. Sie überfordern mich ein wenig, wenn ich aus dem Ärmel etwas zur psychosozialen Lage von Kindern sagen soll. Ich schlage vor, dass Sie eine solche Frage stellen. Dann können wir das fachlich beantworten.

Bezüglich der Suizide – über die Suizidversuche gibt es ja keine Zahlen – ist völlig egal, wie in den 16 Ländern die Schulsysteme aussehen, „G8“, nicht „G8“, Hauptschule abgeschafft, sechs Jahre gemeinsames Lernen: Was auch immer sie haben, ist kein Rückschluss auf die Anzahl von Suizidversuchen oder Suiziden möglich. Und wenn jemand sagen würde, in Berlin sei die Anzahl der Suizide höher, würde ich nie im Leben auf den Gedanken kommen, dass dies daran liegt, dass es keine individuelle Förderung in Hauptschulen gibt.

(Beifall von der CDU)

Diesen Gedankengang muss man sich abgewöhnen. Ich könnte genauso gut sagen: Das ist in Berlin deshalb so schlimm, weil die die Hauptschule nicht so gut fördern wie wir in Nordrhein-Westfalen. Da würden Sie fragen, ob wir noch zu retten sind. Diese Logik ist falsch. Vielleicht sind die Kinder auch wegen Hartz IV oder deswegen beunruhigt, weil der Vater in Afghanistan ist. Es kann unzählige Gründe geben, weshalb Kinder in einer solchen Notsituation sind, dass sie sich selbst das Leben nehmen. Das mit irgendeinem politischen Streitthema deckungsgleich zu machen, verbietet sich eigentlich für eine politische Auseinandersetzung.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Der nächste Fragesteller ist Herr Wittke von der CDU-Fraktion.

**Oliver Wittke** (CDU): Vielen Dank. – Herr Minister, im Jahre 1999 hat die damalige Landesregierung, der ja auch Frau Kraft angehörte, auf eine entsprechende Anfrage im Landtag geantwortet, dass der Landesregierung über die allgemein bekannten Erkenntnisse hinaus keine besonderen Erkenntnisse über die Hauptmotive für Selbstmorde vorliegen. Jetzt behauptet Frau Kraft, dass es einen Zusammenhang zwischen Schulsystem und Selbstmorden

gibt. Können Sie sich erklären oder liegen Ihnen Erkenntnisse vor, welche Fakten Frau Kraft zu diesem Sinneswandel bewogen haben können, und kann es sein, dass man in der Opposition weitergehende Erkenntnisse zugänglich gemacht bekommt, als das in Regierungsverantwortung zu Frau Krafts Zeiten der Fall gewesen ist?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister.

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: In der Tat hat dieses Thema den Landtag schon einmal beschäftigt. Es gab eine Kleine Anfrage „Selbstmord: Tabuthema auch in Nordrhein-Westfalen?“, auf die die damalige Landesregierung geantwortet hat: Der Landesregierung liegen über die allgemein bekannten hinaus keine besonderen Erkenntnisse über die Hauptmotive für Selbstmorde vor.

Dies wird auch bis heute nicht erfasst. Sie können bei einem Selbstmord – in einer solch persönlichen Situation – nicht statistisch ermitteln, ob es einen Abschiedsbrief gab und was der Grund war. Es verbietet sich schlicht, so etwas zu erfassen. Das hat auch die damalige Landesregierung schon gemacht.

(Bodo Wißen [SPD]: Wer hat denn die Kleine Anfrage gestellt?)

Es gibt aber auf der Homepage des Schulministeriums einen umfangreichen Aufsatz von Frau Heidrun Bründel mit dem Thema „Schülersuizid – was Lehrerinnen und Lehrer wissen sollten“. Die Debatte – das hat mir auch Herr Professor Etzersdorfer bestätigt –, ob Bildung und Schule mit Selbstmorden zu tun haben, wurde schon im 19. Jahrhundert geführt. Dies wird immer wieder herangezogen, weil es eine Lebenssituation von Schülern ist. Frau Bründel führt in diesem Aufsatz für den Bereich Schule aus:

Die Frage, inwieweit Schule mit dazu beiträgt oder sogar ursächlich dafür verantwortlich ist, dass Jugendliche sich das Leben nehmen, wurde schon seit Anfang des vorigen Jahrhunderts heftig und kontrovers diskutiert und ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Fest steht, dass Schule mit ihren Strukturen, Leistungsansprüchen und Notenvergaben ein krisenanfälliger Bereich und damit für Jugendliche ein Stressor ersten Ranges ist.

Normalerweise kann man davon ausgehen, dass Schülerinnen und Schüler schulische Misserfolge bewältigen, aber wenn diese auf einen bestimmten negativ getönten psychischen Nährboden fallen, können sie schlagartig eine suizidale Handlung auslösen, die Außenstehenden völlig unvorbereitet und überraschend erscheint, die jedoch schon lange vorher von den betreffenden Schülern angedacht worden ist.

Ringel (1969) vergleicht das psychische Geschehen mit einer Lawine, die ins Rollen gebracht wird oder mit einem vollen Fass, bei dem ein einziger Tropfen genügt, um es zum Überlaufen zu bringen.

Damit wird deutlich, dass die Verantwortung für den Suizid eines Schülers nicht der Schule allein zugeschoben werden kann, sondern dass andere Faktoren ebenso eine Rolle spielen wie Entfremdung von den Eltern, Isolation im Gleichaltigenkreis und vieles andere mehr.

Der schulische Leistungsdruck allein spielt keine ursächliche Rolle, er mag vielleicht die Spitze eines Eisbergs sein, aber das, was unter der Wasseroberfläche ist, z. B. die elterliche Erwartungshaltung, Angst des Schülers vor Versagen und Misserfolg, gestörte Kommunikationsstrukturen in der Familie, das formt diesen Eisberg.

Frau Dr. Bründel ist Psychotherapeutin, klinische Psychologie an der Bildungs- und Schulberatung des Kreises Gütersloh.

Ich könnte Ihnen jetzt noch eine halbe Seite vorlesen, aber wir wollen das ja nicht verlängern.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das haben Sie aber gut vorbereitet!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Das ist nett. Vielen Dank Herr Minister. – Jetzt hat Frau Schulze von der SPD das Wort für eine weitere Frage.

**Svenja Schulze (SPD):** Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, dass Ihnen keine aktuellen Studien und Zahlen zum Thema Schulstress und psychische Folgen für Kinder und Jugendliche bekannt sind, und haben eine Studie von 1969 zitiert. Das ist ja schon eine Zeit lang her. Ist Ihnen die Studie von Professor Dr. Rainer Dollase bekannt, die er im Auftrag der Max-Träger-Stiftung zu genau diesem Thema erstellt hat und die in den letzten Tagen unter anderem auch vom WDR zitiert worden ist?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Die Studie ist mir nicht bekannt. Können Sie mir erklären, was es dort an neuen Erkenntnissen gibt und was an dem von mir jetzt Vorgetragenen falsch ist?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Die Frage war nur, ob Sie sie kennen.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nee.

(Allgemeine Heiterkeit)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Nein, dann ist ja gut. Mehr ist nicht gefragt worden.

(Heiterkeit und Beifall)

Dann fragt als nächster Herr Dr. Romberg von der FDP.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Herr Minister, ich fand diese Denke von Frau Kraft, einen Zusammenhang zwischen Suiziden und Bildungssystem herzustellen, schon ziemlich skurril. Wenn man sich die Suizidzahlen der letzten Jahre im Vergleich der Bundesländer anschaut, dann ist Nordrhein-Westfalen auf einem der letzten Plätze mit den wenigsten Suiziden gewesen. Nach dieser merkwürdigen SPD-Denke müsste die schwarz-gelbe Landesregierung eigentlich für die guten Lebensbedingungen und dafür verantwortlich sein, dass es in Nordrhein-Westfalen so wenige Suizide gibt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Kinder sind alle im Mai 2005 zur Welt gekommen!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister, Sie sind dran.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich würde jetzt auch nicht behaupten, dass die auf individuelle Förderung stärker achtende Schulpolitik dafür ursächlich ist, dass diese Zahl zurückgeht. Solch ein Schluss verbietet sich genauso.

Weil es mich aber auch wirklich interessiert, habe ich mich mit den Gründen dafür beschäftigt. Darüber habe ich mich auch mit Herrn Professor Etzersdorfer unterhalten; es war sehr spannend, mit ihm zu sprechen. Er hat erklärt, dass die Zahl der Suizide in Sachsen beispielsweise schon seit dem 19. Jahrhundert besonders hoch ist. Die Zahl von Kindern und Jugendlichen, die sich selbst das Leben nehmen, ist in Sachsen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern überproportional hoch. Nach all den geschichtlichen Veränderungen mit zwei, drei Diktaturen und der Demokratie jetzt, was eine völlig andere Situation ist, ist dieser Tatbestand immer noch so. Insofern konnten die Gründe dafür bis heute nicht ermittelt werden. Aber es ist so.

Daraufhin habe ich mir einmal die europäischen Länder angeschaut. Dabei ist Folgendes ganz erstaunlich: Wir haben in Deutschland den Satz von 4,2 %, den ich eben genannt habe. In Finnland liegt dieser Satz zwischen 9,5 und 15,6 %. Es gibt kaum ein Land in Europa, in dem die Selbstmordrate unter Schülern so hoch ist wie in Finnland. Bei der Schulpolitik sagt man aber doch eigentlich immer, dass Finnland das Mekka ist und man alles so wie Finnland machen müsste. Insofern ist jede Analogie zu irgendeiner schulpolitischen Frage absurd und lässt sich nicht deutlich machen.

Im Übrigen ist die Schülerunzufriedenheit mit dem Schulsystem in Finnland im Vergleich von 21 Industriestaaten am höchsten.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt zu Ihrer zweiten und damit letzten Frage, Frau Hendricks von der SPD.

**Renate Hendricks (SPD):** Sehr geehrter Herr Minister, das frühzeitige Erkennen einer seelischen Fehlentwicklung bei Kindern und Jugendlichen ist – da sind wir uns, glaube ich, alle einig – sehr wichtig. Nun muss es dazu geeignete Hilfen geben. Mit dem schulpsychologischen Dienst, der ausgebaut worden ist, stehen damit eigentlich geeignete Hilfen zur Verfügung. Gibt es Zahlen darüber, wie sich die Ansprache des schulpsychologischen Dienstes in den letzten fünf Jahren entwickelt hat?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Das weiß ich nicht.

(Ministerin Barbara Sommer meldet sich zu Wort.)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Aha! Einen Moment, da muss ich Ihnen erst das Wort geben. Frau Sommer, bitte schön.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Was die Frage zur Anzahl der Schulpsychologen am Ende der Legislaturperiode anbelangt, können wir deutlich machen, dass wir dafür 300 Stellen zur Verfügung haben. Das ist eine ganze Menge mehr als noch 2005. Wir sind uns aber darin einig, dass auch Schulpsychologie nicht alle Probleme lösen kann, Frau Hendricks.

Wenn wir noch einmal Revue passieren lassen, was Herr Minister Laschet gerade gesagt hat, dann erkennen wir, dass letztlich ein Beziehungsgeflecht von Symptomen dazu führt, dass es zu diesen schrecklichen Geschehnissen kommt. Ich bin mit den Lehrerverbänden und dem Verband der Schulpsychologen im Gespräch, um gerade den Bestand der Schulpsychologen in Nordrhein-Westfalen weiter nach vorne zu bringen.

(Renate Hendricks [SPD]: Das ist keine Beantwortung der Frage!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Wunderbar. Vielen Dank, Frau Sommer. – Jetzt bekommt Herr Kaiser das Wort zu seiner zweiten und damit letzten Nachfrage. Bitte.

**Klaus Kaiser (CDU):** Herr Vorsitzender! Herr Minister Laschet, ich hätte Sie gerne zu Finnland gefragt. Das haben Sie aber ausreichend dargestellt. Deshalb möchte ich meine Frage ein bisschen variieren: Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass jemand, der ein gesellschaftliches Phänomen politisch so schlecht analysiert, wie Frau Kraft das getan hat, keine Kompetenz nachgewiesen hat, dieses Land in eine gute Zukunft zu führen?

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister, bitte schön.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja, da stimme ich Ihnen zu.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Nächster Fragesteller ist Herr Wißen von der SPD-Fraktion.

**Bodo Wißen (SPD):** Da wir gerade beim Kompetenznachweis sind: Welche kompetente Persönlichkeit hat eigentlich damals, 1999, die Kleine Anfrage gestellt, auf die Herr Wittke verwiesen hat, und offenbar einen Zusammenhang zwischen Schulstress und Selbstmordraten bei Kindern und Jugendlichen gesehen?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich kenne nicht die Motivation der Fragestellung damals.

(Zurufe von der SPD: Wer?)

– Wer die gestellt hat? – Das werden Sie wahrscheinlich im Landtagsarchiv ... Das ist keine Frage der Landesregierung. Dafür geht man an seinen Computer und guckt das nach. Also ich weiß das nicht.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Die Frage kann nicht beantwortet werden. – Im Augenblick habe ich eine letzte Frage von Herrn Schemmer von der CDU-Fraktion.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Wir haben gerade gehört, dass die Gründe für Suizide bei Jugendlichen sehr vielfältig sind und regelmäßig Monokausalitäten, wie Frau Kraft sie festgestellt hat, nicht vorliegen. Wie beurteilt die Landesregierung eigentlich die Feststellung von Frau Kraft, dass zwischen der Schulstruktur, das heißt der Verfasstheit des Schulwesens, und den Selbstmorden bzw. Selbst-

mordversuchen ein Zusammenhang hergestellt wird?

(Bodo Wißen [SPD]: Das hatten wir schon gehört! – Wolfgang Jörg [SPD]: Eine pfiffige neue Frage!)

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich hatte versucht deutlich zu machen, dass es da keinen Zusammenhang gibt und dass ich das negativ beurteile. Der Philologenverband hat sich dazu übrigens in gleicher Weise artikuliert und gesagt, das sei an Geschmacklosigkeit nicht mehr zu überbieten.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Ich habe Frau Kraft einen persönlichen Brief geschrieben und sie gebeten, das einfach aus der Welt zu räumen und zuzusagen, dass sie das im Wahlkampf nicht mehr nutzt.

Wir haben eine vergleichbare Situation im sächsischen Landtag. Damals hat die SPD eigentlich mitgeholfen. Die NPD hatte im sächsischen Landtag behauptet, die Hoffnungslosigkeit in Sachsen sei Grund für die steigende Zahl von Selbstmorden. – Alle demokratischen Parteien haben damals gesagt: Wir lassen nicht zu, dass irgendjemand solche Analogien zieht und diese in den Landtag hineinragt.

(Beifall von CDU und FDP)

Es wäre schön, wenn es gelingen könnte, dass Frau Kraft zusagt, dass wir das Thema während der nächsten zehn Wochen einfach aus der Debatte heraushalten.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Minister. – Herr Solf hat noch eine Frage.

**Michael Solf** (CDU): Herr Minister, können Sie uns bei dieser Gelegenheit einmal darlegen, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung versucht, verzweifelte Kinder und Jugendliche, die an so etwas Schlimmes denken, aufzufangen?

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Diese Frage ist in der Tat ganz wichtig. Wir haben unterschiedliche Maßnahmen der Prävention. Das Wichtigste sind die Stärkung der Persönlichkeit, der Selbstständigkeit, der Konfliktfähigkeit und die Förderung der sozialen Kompetenz von Kindern. Es gibt sicher eine Prävention, die sehr breit angelegt ist. Alles, was wir zum Beispiel in der Kinder- und Jugendarbeit machen, erreicht die Kinder, die da sind. Die bilden persönliche Netze, die finden eigene Bestätigung und sind davor vielleicht gefeierter, obwohl es auch unter ihnen solche Fälle gibt.

Schlimm ist es ja, wenn ein Kind vereinsamt, wenn die Elternbeziehung nicht mehr stimmt und es keinen Ausweg mehr weiß. Insofern sind die Stärkung der Persönlichkeit, der Selbstständigkeit, der Konfliktfähigkeit und die Förderung der sozialen Kompetenz ganz wichtig. Hier sind in erster Linie die Eltern gefordert. Maßnahmen sind unter anderem die Förderung der Erziehungskompetenz in den Kindergärten und Schulen – verbunden mit Suchtprävention. Das ist weitgehend im Bereich des Kollegen Laumann angesiedelt. Im Bereich der offenen Jugendarbeit finden Aufklärungsaktionen in Jugendheimen und Jugendzentren statt. Beteiligt sind auch Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, Erziehungsberatungsstellen, Ehe- und Lebensberatungsstellen, untere Gesundheitsbehörden und psychosoziale Beratungsstellen. Das ist das, was Ministerin Sommer eben auf die Frage der Frau Abgeordneten Hendricks geantwortet hat.

Es gibt also ein breites Netz. Nur: Bei den wenigen Fällen, die es überhaupt gibt – 30, 40 oder 50 Kinder, die in diese Situation geraten –, könnte niemand eine Garantie geben, dass sie durch diese Prävention erfasst worden wären. Solche Fälle wird es leider, leider immer geben. Man muss alles tun, um Kinder so stark zu machen, dass sie nicht in diese Situation kommen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister Laumann will einen anderen Teil der Frage beantworten. Bitte schön, Herr Minister.

**Karl-Josef Laumann**, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das Gesundheitsministerium in Nordrhein-Westfalen ist mit Hochdruck dabei, die Kapazitäten für den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie auszuweiten. Ich habe es hier gestern schon gesagt: Wir haben da Probleme. Wartezeiten bei stationären Behandlungen von drei bis vier Monaten in manchen Regionen unseres Landes sind nicht in Ordnung.

Man muss allerdings sehen, dass die Kliniken die Wartezeiten unterschiedlich berechnen. Manche Kliniken rechnen ab dem Tag, an dem der erste Kontakt da ist. Ich finde, richtig ist es, ab dem Tag zu rechnen, an dem man die Diagnose hat. Aber dennoch: Da gibt es Probleme.

Ziel der Landesregierung ist es, die stationären und die teilstationären Angebote in diesem Bereich mit Hochdruck auszubauen. Mir schwebt im stationären Bereich ein Ausbau um rund 10 % und im teilstationären Bereich um rund 25 % vor.

Wir brauchen auch mehr niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater. Hier besteht allerdings das Problem, dass jedes Jahr nur sehr, sehr wenige die Ausbildung abschließen, sodass sich die Zahl der Niederlassungen leider im unteren zweistelligen Bereich bewegt. Das heißt, hier müssen die

Ausbildungszahlen erhöht werden. Nur: Die Ausbildungen dauern bis zu zehn Jahre. Das sind relativ lange Ausbildungen. Es geht auch um Weiterbildungsplätze. Gott sei Dank sieht es im Bereich der nichtärztlichen Psychiater besser aus. Aber, wie gesagt, wir sind mit Hochdruck dabei, die Kapazitäten für schwere Behandlungen auszubauen, damit wir die Wartezeiten – das ist mein Ziel – auf etwa vier Wochen herunterdrücken können.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Die nächste Frage stellt der Kollege Hovenjürgen. Bitte schön, Herr Hovenjürgen.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Herr Minister, wie muss eigentlich solch eine Debatte, wie Frau Kraft sie angestoßen hat, auf Eltern wirken, die ihr Kind bei einem Suizid verloren haben bzw. einen Suizidversuch ihres Kindes miterleben mussten?

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich kenne sogar einen solchen Fall aus meiner Nachbarschaft. Das ist für Eltern eine sehr schwierige Situation. Das beginnt natürlich mit der Trauer um den Verlust dieses Kindes. Das ist an sich schon ausreichend genug, um in einer ganz besonders schwierigen Lage zu sein. Dann kommen aber sehr schnell noch Schuldgefühle und Selbstzweifel hinzu. Man stellt sich die Frage: Hättest du das verhindern können? Wenn das nur mit einer Schulfrage verbunden gewesen wäre, wäre es für die Eltern ja ganz simpel gewesen, dem Kind zu helfen. Insofern glaube ich, dass eine solche Debatte auf die Eltern verheerend wirkt.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Kollege Hegemann hat noch eine Frage. Bitte schön, Herr Hegemann.

**Lothar Hegemann (CDU):** Herr Minister, ich bin der Letzte, der nicht damit leben könnte, dass jemand mal einen flotten Spruch loslässt. Aber kennen Sie irgendeinen Sozialdemokraten, der diesen Ausspruch bedauert hat, oder eine Presse, die für diese Äußerung Verständnis gezeigt hat?

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich habe am Anfang eher zustimmende Zwischenrufe gehört. Frau Kraft selbst hat bedauert, dass sie „Selbstmord“ gesagt hat, bleibt aber bei der These, dass die Zahl der Selbsttötungen zunimmt.

(Zurufe von der SPD: Der Versuche!)

– Die Zahl der Versuche! – Also: Sie spielt immer noch mit dem Thema Selbstmord/Selbsttötung,

anstatt es ganz zu lassen. Bedauern habe ich dazu bisher von niemandem gehört.

(Helmut Stahl [CDU]: Das gehört sich nicht!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön. – Herr Kollege Schemmer mit seiner zweiten und letzten Frage.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Herr Minister, teilen Sie meine Meinung, dass es für Frau Kraft besser gewesen wäre, heute hier zu sein, ihre Entgleisungen schlicht und einfach zu bedauern und das mal richtigzustellen, anstatt mit dem abgewählten ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel heute auf Wahlkampftour zu gehen?

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Der Landesregierung steht es nicht zu, sich zur Präsenz von Abgeordneten in Fragestunden zu äußern.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Schön formuliert!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Kollege Jörg von der SPD hat eine Frage. Das ist Ihre zweite und somit letzte Frage, Herr Jörg. Bitte schön.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Herr Minister, erst einmal will ich hier feststellen – Sie haben es ja selber gesagt –: Frau Kraft hat klargestellt, dass es sich um Versuche handelt. Sie haben vorhin erklärt, ob es mehr Selbstmordversuche gibt, ist nicht nachzuweisen. Es gibt also keinerlei Zahlen darüber. Daher ist diese Diskussion auf jeden Fall virulent.

Meine Frage: Haben Sie persönlich den Eindruck, dass Leistungsdruck, Konkurrenz und Versagensangst bei Jugendlichen auch etwas mit dem gesellschaftlichen Druck, der entwickelt wird, zu tun haben? Glauben Sie, dass ein solches Klima die persönliche Stabilität von Jugendlichen eher stärker oder eher schwächt?

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Kollege Jörg, Ihre Frage enthält drei Unterstellungen. Die erste Unterstellung ist: Es gibt immer mehr Leistungsdruck. – Ja, es gibt jetzt eine verkürzte Schulzeit.

(Ministerin Barbara Sommer: Nur am Gymnasium!)

– Nur am Gymnasium, ja. – Wir können dieses Spiel der ...

(Wolfgang Jörg [SPD]: Die Arbeitslosigkeit steigt auch!)



– Die Arbeitslosigkeit ist seit 2005 gesunken, Herr Kollege Jörg.

(Beifall von CDU und FDP)

Seit 2005, als wir hier angefangen haben, ist die Arbeitslosigkeit gesunken, und auch die Selbstmordzahl sinkt. Aber selbst wenn sich die Selbstmordzahl verdoppelt hätte – was Gott bewahre! –, dürfte man solche Schlüsse nicht ziehen. Aber schon die Fakten sind falsch; das ist das Problem. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die individuelle Förderung steigt, die Zahl der Selbsttötungen sinkt. – Diese Zahlen gibt es. Ich glaube, wir kommen nicht weiter mit einer Debatte, die vier, fünf, sechs oder sieben Facetten hat, die bei Jugendlichen zu Suizid führen; Sie haben einige genannt.

Wir könnten ja auch einmal über die Frage diskutieren, wieso es eigentlich bei älteren Menschen so viele Selbstmorde gibt. Warum steigt die Zahl an Selbstmorden mit zunehmendem Alter? Ist der demografische Wandel für die Menschen eine Belastung? Oder fühlen sie sich nicht mehr gebraucht in unserer Gesellschaft? – Es gibt Tausende Gründe, die da eine Rolle spielen. Deshalb lautet mein Appell, dieses Thema aus Wahlkämpfen und Einzelaussagen zu politischen Fragen herauszuhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Hovenjürgen mit seiner zweiten und letzten Frage.

**Josef Hovenjürgen** (CDU): Herr Minister, ich möchte noch einmal auf die betroffenen Eltern zurückkommen. Welche Hilfsangebote gibt es für Eltern, deren Kinder Suizid begangen haben?

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Wir haben die Telefonseelsorge. Wir haben Sozialpsychiatrische Dienste der unteren Gesundheitsbehörden. Wir haben Psycho-soziale Krisendienste. Und wir haben Beratungsstellen für Suizidverhütung beispielsweise beim Gesundheitsamt in Mönchengladbach. Es gibt den Wuppertaler Krisendienst. Es gibt Selbsthilfeangebote. Es gibt ein Krisenzentrum in Dortmund, die OASE in Bochum. Es gibt also unterschiedliche örtliche Aktivitäten, wo Eltern im Vorfeld und nach der Tötung eines Kindes Beratung erfahren können.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich die Beantwortung der Mündlichen Anfrage 365 schließe.

Ich rufe die

#### Mündliche Anfrage 366

der Frau Abgeordneten Stefanie Wiegand von der Fraktion der SPD auf.

(Zurufe von der SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Kollegin ist nicht da!)

– Dann muss die Mündliche Anfrage **schriftlich** beantwortet werden. (Siehe Anlage 1)

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir bitten um schriftliche Beantwortung!)

- Danke schön. – Also, Herr Minister, es wird schriftliche Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage gewünscht. Das ist von Ihnen so aufgenommen worden.

Ich rufe auf die

#### Mündliche Anfrage 367

der Frau Abgeordneten Andrea Asch von der Fraktion der Grünen:

#### **Schlechte Rahmenbedingungen in den Kitas verhindern die Umsetzung der Empfehlungen zur Bildungsförderung für Kinder von 0 – 10 Jahren**

*Mit Schreiben vom 12. Februar 2010 hat die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration darüber informiert, dass zusätzliche Aufgaben für Kindertagesstätten durch die geplanten Bildungsempfehlungen aufgrund der bestehenden schlechten Rahmenbedingungen in den Kitas nicht umsetzbar sind. Wörtlich heißt es:*

*„Weitere Aktivitäten allein zu Lasten der Träger, die mit der Umsetzung der Empfehlungen bzw. Grundsätze zur Bildungsförderung schlussendlich allein gelassen werden und bei der die Unzufriedenheit aller Beteiligten von Anfang an vorprogrammiert ist, können wir allerdings nicht mittragen.“*

*Die Spitzenverbände fordern die für eine Umsetzung erforderlichen Ressourcen, nur dann mache die Implementierung für die bereits jetzt an den Kapazitätsgrenzen arbeitenden Kindertagesstätten Sinn. Ansonsten müsse wie bisher auf Basis der Bildungsempfehlungen des Jahres 2003 weiter gearbeitet werden.*

*Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung den Prozess zur Entwicklung der Bildungsempfehlungen fortsetzen und steuern?*

Herr Minister Laschet, ich bitte Sie um Beantwortung.

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Abgeordnete